

lingt es Hrn. Fr. Rohmer diesmal, gewählt zu werden, so wünschen wir nur, daß seine Opposition nicht eine systematisch gegen die Personen des gegenwärtigen Cabinets gerichtete, sondern eine objectiv sein möge, in welcher letztem Falle seine Wirksamkeit eine sehr ersprießliche werden kann.

— Die Speyerer Zeitung stellt die Ergebnisse der Wahlmännerwahlen in der Pfalz zusammen. Zu Zweibrücken sind die Wahlen entschieden liberal ausgefallen; in den benachbarten Orten meist ohne bestimmte Farbe. Am Oberrhein, zu Homburg und Umgegend entgegengesetzt. Zu Kaiserslautern entschieden liberal; ebenso zu Kirchheimbolanden. In Landau siegte die „Linke.“ Das Nämliche will man von Edenkoben, Edesheim und vielen Landgemeinden (Zimpfingen, Mörzheim, Ibesheim etc.) wissen; doch hat auch hier die Wahl häufig keinen ausgeprägten politischen Charakter. Zu Offenbach, Mailammer und an einigen andern Orten siegten die Piusvereine. In Neustadt, Dürkheim und Hasloch ward liberal gewählt; anderwärts (Forst, Deidesheim) zweifelhaft. Zu Bergzabern war das Ergebnis liberal; aus Annweiler wird das Nämliche versichert. In den Landgemeinden waren die Wähler vielfach „flau.“ Die Wahl in Kandel wird als nicht gleichfarbig geschildert. In Rülzheim herrschte der Piusverein. In Grünstadt wie in Frankenthal, dann in Lambheim, Oppau, Bockenheim liberal; ebenso in Oggersheim; dagegen in Mörzsch, Bockenheim und Korheim im Sinne der Piusvereine.

**Stuttgart, 21. Jul.** Der König ist heute nach Friedrichshafen gereist, wird aber dem Vernehmen nach von da bald wieder zurückkehren. — In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde der Bericht der Commission für innere Verwaltung über den Gesetzentwurf, betreffend die Größe der Besteuerung der Capitalien und Befoldungen für Gemeinde- und Amtskörperschaften, berathen und der Gesetzentwurf von der Kammer angenommen. Es folgte hierauf Berathung des Berichts der Kirchen- und Schulcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Kalendermonopols. Nach dem Entwurf ist das ausschließliche Recht des Staats zum Druck, Verlag und Verkauf des Kalenders, sowie die auf ausländischen Kalendern ruhende Stempelgebühr, und zwar erstmals für den Kalender des Jahres 1850, aufgehoben. Die Regierung hat jährlich für die Herausgabe eines amtlichen, die bürgerliche Zeitrechnung enthaltenden Kalenders Sorge zu tragen. Diese Zeitrechnung gilt als die gesetzliche. Der Vorschlag der Regierung, sowie die Anträge vom Abg. Süskind, daß die Regierung nach dem Jahre 1850 keine Begünstigung eines Kalenderadmodiateurs mehr eintreten lasse, und des Prälaten Moser, nach den Worten „als die gesetzliche“ hinzuzufügen: „die Regierung wird die Mittheilung dieser Zeitrechnung und des Märkteverzeichnisses den Herausgebern nichtamtlicher Kalender nicht erschweren,“ wurden angenommen. (S. M.)

— Man spricht in **Stuttgart** viel von einer neuen Note Preußens wegen Annahme oder Nichtannahme der octroyirten Reichsverfassung. — Bei der dasigen Besatzung hat eine starke Beurlaubung stattgefunden, der eine noch weit größere folgen soll, sobald die in den nächsten Tagen erwarteten Truppen aus dem Oberlande, wo nur ein ganz schwaches Observationscorps bleiben soll, wieder zurück sein werden. (F. J.)

— Der Allgemeinen Zeitung wird aus **Frankfurt a. M.** vom 18. Jul. in Bezug auf die Nachricht, daß die beiden hohenzollernschen Fürstenthümer an die Krone Preußens übergehen (Nr. 198), geschrieben, daß die beiden Fürsten schon im Spätsommer vorigen Jahres nicht allein bereit waren, ihre Regierung niederzulegen, sondern sogar bestrebt waren, sich ihrer zu entledigen. Die Mediatisationsfrage war damals an der Tagesordnung, und innerhalb wie außerhalb der Paulskirche war man für das Aufgehen der allzu kleinen Staaten in den größern. Damals glaubte man noch, die beiden Hohenzollern würden am süglichen zwischen Württemberg und Baden vertheilt werden, und zwischen dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und der Centralgewalt soll ein in dieser Absicht entworfener Vertrag bereits unter Vorbehalt der Zustimmung Preußens, welches bekanntlich die nächsten Erbsprüche besitzt, verabredet oder gar schon unterzeichnet gewesen sein. Daß jetzt, wo die badische Regierung selbst gestürzt worden und die württembergische wochenlang ihrem Fall nahe war, wo in Baden wenigstens ein ganz entgegengesetzter Wunsch als der nach Vergrößerung vielfach auftaucht, ein Vertheilen unter diese beiden Länder sich nicht mehr empfehlen konnte, ist natürlich. Wenn die beiden Dynastien entsagen wollen, so tritt Preußen in seine natürlichen Erbrechte, und das wird für die Ländchen wol das Beste (?) sein.

**Karlsruhe, 21. Jul.** Das heutige Regierungsblatt enthält ein vom 18. Jul. datirtes provisorisches Gesetz, wodurch die Kreisregierungen ermächtigt sind, die in einzelnen Gemeinden bestehenden großen Ausschüsse, wo es nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig erscheint, aufzulösen, und auszusprechen, ob sofort die Wahl eines neuen großen Ausschusses stattzufinden habe, oder ob die Befugnisse desselben vor der Hand an die Gemeindeversammlung zurückfallen sollen.

— Am 18. Jul. ward die Stadt **Sttenheim** und Umgegend von einer preussischen Streifcolonne entwaффnet. Die Waffen werden nach Freiburg abgeführt. — Nach dem Einzuge preussischer Truppen in **Bretschach** ist der dortige Bürgermeister Herbst verhaftet worden. (Krlr. Z.)

**Karlsruhe, 20. Jul.** Gestern Nachmittag wurde eine nicht unbedeutende Anzahl gefangener badischer Soldaten und Freischärler von Germersheim her unter der Escorte einer halben Compagnie bairischer Infanterie hier eingebracht. Die betreffenden Individuen hatten sich nach dem Elsaß geflüchtet, von dort aber zurückgewiesen, versuchten sie auf einem Schiffe den Rhein abwärts zu fahren und so zu entkommen. Als sie indessen bei Germersheim anlangten, wurden sie gezwungen, Halt zu machen, sogleich verhaftet und ohne Weiteres hierher abgeliefert. Sie vermehren die Anzahl der Gefangenen, die ohnehin schon eine immense Höhe erreicht hat. Einzwischen nehmen die Untersuchungen rasch ihren Fortgang. (P. A. Z.) (Sollten das nicht die hessischen Freischärler sein? S. Darmstadt.)

**Mannheim, 19. Jul.** Neue und verstärkte Wühlereien haben eine Verschärfung des bisher sehr mild gehandhabten Belagerungszustandes veranlaßt. Hier wird heute der Durchmarsch von einigen Tausend Mann preussischer Landwehr erwartet, die, durch Truppen der Linie abgelöst, in ihre Heimat zurückkehren. Wir haben hier eine Besatzung von 2000 M. bairischer Truppen. (P. A. Z.)

**Baden-Baden, 20. Jul.** Gestern Abend ist der Prinz von Preußen bei den vor Kastatt liegenden Truppen angekommen; die Batterien, mit den in Mannheim ausgeladenen Kanonen montirt, sind schussfertig, Linie und Landwehr gleich kampfeslustig und kampfbereit, die Entscheidung demnach vor der Thüre. Vielleicht bringt sie uns die nächste Nacht blutig und heiß! — Kinkel's Angelegenheit wird gegenwärtig in den Lagern und auch hier viel besprochen, da sie allerdings für das Land Baden von großem Interesse ist. Die Professoren in Bonn, oder wenigstens einige von ihnen, haben in einer Petition den Prinzen von Preußen um Gnade für ihren gefangenen Kollegen angefleht. Eine Deputation, die das Gnadengesuch dem Prinzen selbst überreichen wollte, ist jedoch nur bis Ruppenheim gelangt, und scheint dort zurückgewiesen worden zu sein, wenigstens reiste sie von da am 11. Jul. ab und zurück nach Bonn und sendete ihr Gesuch schriftlich ein. Dieses Gesuch soll von G. M. Arndt in einem Brief an den General v. d. Gröben unterstützt worden sein. (M. J.)

— Nach der Neuen Preussischen Zeitung vom 24. Jul. ist in Berlin aus dem Hauptquartiere **Favorite** vor Kastatt vom 21. Jul. die Nachricht eingegangen: Die zwei Offiziere der Festungsbesatzung, welche sich selbst davon überzeugen sollten, daß das Insurgentenheer in Baden nicht mehr bestehe, sind am 21. Jul. nach Kastatt zurückgebracht worden. Um 8 Uhr Abends ist die Nachricht von der Festung aus eingetroffen, daß bis morgen Mittag 12 Uhr der vom Kriegsrath abzugebende Beschluß über das fernere Verhalten der Besatzung in Folge der jetzt erhaltenen Nachrichten hierher kommen soll. Bis dahin ist um Waffenstillstand gebeten worden; derselbe wurde jedoch abgeschlagen. Das beabsichtigt gewesene Bombardement von Kastatt mit den aus Koblenz eingetroffenen Geschützen bleibt für jetzt noch ausgesetzt. Der General Bresse ist heute Vormittag hier angekommen.

\* **Frankfurt a. M., 22. Jul.** Sollte nach Rückkehr der beiden Insurgentenoffiziere von ihrer militairisch-politischen Inspectionsreise in die Festung Kastatt dann die aufständische Besatzung binnen einem kurzen Termin, welchen ihr General v. d. Gröben stellen würde, sich nicht zu einer unbedingten Uebergabe des Platzes entschließen, so soll sofort zur Beschließung der Stadt Kastatt geschritten werden. Gestern waren bereits sämtliche dazu erforderlichen Vorkehrungen beendet; alle Batterien waren schussfertig; das zuweilen sehr heftige Feuer, wodurch die Belagerten die Errichtung der Batterien hatten verhindern oder doch stören wollen, war ohne allen und jeden Schaden geblieben. Gegen eine Beschließung ist aber, wie man jetzt von zuverlässiger Seite vernimmt, von Seiten der Centralgewalt ein ganz entschiedener Widerspruch eingelegt worden; auf einigen Hauptpunkten sind die Festungswerke noch nicht vollendet, eine Breschenbeschließung behufs eines Sturmangriffs ist also nicht erforderlich. General v. d. Gröben glaubt aber einen ersten rasch entscheidenden Angriff unternehmen zu müssen; denn die Besatzung soll in der That noch auf drei bis vier Wochen mit Lebensmitteln (worunter zahlreiche Schafherden) versehen sein, und auf eine so lange Belagerung will man sich aus verschiedenen Gründen nicht einlassen.

— Der Commandant der Aufständischen in der Festung **Kastatt** schrieb an seinen Vater (Professor Liedemann in Heidelberg), daß er nur leicht an der Achsel verwundet und er außer Sorge um ihn sein solle. Er hatte den Brief dem preussischen General v. d. Gröben zugeschickt, der ihn mit ein paar freundlichen Worten für die Aeltern an dieselben abschickte. (Hlbr. Z.)

**Freiburg, 19. Jul.** Nicht nur in der Umgegend, sondern auch hier werden seit einigen Tagen Personen weiblichen Geschlechts, die ei-

ne  
v e  
An  
Ge  
Ga  
wu  
Sa  
ge  
Un  
St  
Prä  
und  
die  
ren  
gan  
einer  
durch  
in d  
schei  
gitt  
den  
nach  
—  
21.  
ihm  
tiona  
hose  
—  
ausge  
ganze  
aber  
so fre  
neter  
(Nr.  
mer  
Berf  
deverf  
eine p  
die S  
Unzid  
tralver  
sibent  
die Ne  
sen in  
die ein  
den un  
vor de  
Attenst  
wichtig  
stellte  
und vi  
zweite  
sehe, d  
begründ  
finanzie  
Kamme  
dieser fi  
Verfass  
solche V  
ziellen  
stimmun  
Snell u  
Anschlu  
eirungen  
dung ein  
zu verwi  
der Unte  
mit 20  
robe gef  
Braun e  
gierung  
\*\* Fr  
frage,  
Parteien  
dium tret